

# EGBERT BELCREDI, DIE MÄHRISCHEN KONSERVATIVEN UND DAS BÖHMISCHE STAATSRECHT

**Lothar Höbelt**

Das böhmische Staatsrecht, sobald es über bloßen Föderalismus, über die Betonung der Länderrechte hinaus ging, begnügte sich nicht mit der Verteidigung der Privilegien des Königreichs Böhmen allein; sein zentrales Thema waren die Sonderstellung und die Zusammengehörigkeit der böhmischen Länder, sei es im Rahmen des Heiligen Römischen Reichs oder der Habsburgermonarchie. Von den böhmischen Ländern waren in der frühen Neuzeit die beiden Lausitzen (1620/35) und der Löwenanteil Schlesiens (1740/42) verloren gegangen. In diesem Sinne ließe sich wohl mit einiger Berechtigung sagen: Das böhmische Staatsrecht in seiner spezifischen Bedeutung als Klammer für alle Länder der Heiligen Wenzelskrone stand und fiel im 19. Jahrhundert mit der Stellung der Markgrafschaft Mähren.

Verfechter des böhmischen Staatsrechts waren ab den sechziger Jahren in erster Linie die böhmischen Konservativen, von ihren Gegnern oft auch als die „feudale“ Adelspartei bezeichnet. Ihre Exponenten – neben den Grafen Heinrich Clam-Martinic und Leo Thun-Hohenstein ist in dieser Beziehung vor allem Fürst Karl (III.) Schwarzenberg zu erwähnen – erwiesen sich z.B. während der Krise um die Fundamental-Artikel als weit unnachgiebiger als die bürgerlichen „Altschechen“ um Palacky und Rieger.<sup>1</sup>

Doch wie war es um ihre Verbündeten und Ansprechpartner in Mähren bestellt? Die mährischen Konservativen litten von vornherein unter einem gravierenden Nachteil. Die Tschechen verfügten in Mähren über einen weit größeren Bevölkerungsanteil als in Böhmen. Aber politisch waren sie nur in einer von drei Wahlkurien mehrheitsfähig: den Landgemeinden. Die Städte und der Großgrundbesitz waren hingegen ganz überwiegend Hochburgen der deutschen Liberalen und Verfassungstreuen. In Böhmen verfügten die Konservativen, wie die Wahlen des Jahres 1871 bewiesen, in der Kurie des landtäflichen Großgrundbesitzes ganz eindeutig über die Mehrheit, selbst dann noch, wenn sie – wie im Dezember – gegen die Regierung antraten. In Mähren hingegen stellten sie bloß eine Minderheit, die Wahlen allenfalls mit Hilfe der Regierung für sich zu entscheiden vermochte.<sup>2</sup>

Als Führer dieser mährischen Konservativen hatte sich im Laufe der sechziger Jahre Graf Egbert Belcredi herauskristallisiert.<sup>3</sup> Graf Gabor Serenyi, lange Zeit auch Landesauschuß-Beisitzer, war 1868 verstorben; der alte Fürst Hugo Salm, Präsident des ständischen Landtags von 1848, wurde zwar weiterhin zum Landeshauptmann vorgeschlagen, wann immer die Konservativen zusammen mit den mährischen Tschechen eine Mehrheit im Landtag errangen, war aber mehr eine Galionsfigur als eine politisch aktive Persönlichkeit. (Salmes gleichnamiger Sohn stand übrigens im gegnerischen Lager, nicht zuletzt auf Grund des Einflusses seiner Frau, einer geborenen Liechtenstein, wie man munkelte.) Der Erzbischof von Olmütz, Landgraf Friedrich Fürstenberg (1861–92), spielte im Hintergrund

eine gewichtige Rolle, so wie Kardinal Schwarzenberg in Prag, scheute vor einer Rolle als Parteiführer jedoch zurück. Belcredis Rolle nicht bloß als Haupt, sondern auch als der führende Kopf der mährischen Konservativen war infolgedessen durch ein Vierteljahrhundert, vom Ende der sechziger Jahre bis zu Beginn der neunziger Jahre, nahezu unangefochten.

Freilich: Wenn ihm auch niemand die Rolle als Parteiführer streitig machte, so war Belcredi doch zu keinem Zeitpunkt unumstritten. Belcredis Bruder Richard war als Karrierebeamter zum böhmischen Statthalter ernannt worden und war dann als Ministerpräsident zwischen 1865 und 1867 dazu ausersehen, eine Versöhnung der Parteien herbeizuführen. Er sollte den Reichsratsboykott der Ungarn und der Böhmen beenden, im Sinne einer föderalistischen Korrektur des „Februarpatents“, doch ohne sich auf allzu weitgehende staatsrechtliche Konzessionen einzulassen.<sup>4</sup> Der Ausgleich mit Ungarn, wie er 1866/67 dann tatsächlich zustande kam, ging ihm deshalb auch zu weit.<sup>5</sup> Vor allem aber ging ihm die Art und Weise wider den Strich, wie dieser Ausgleich zwischen den Ungarn und der Krone allen übrigen Ländern der Monarchie als *fait accompli* präsentiert wurde, an dem nichts mehr geändert werden durfte.<sup>6</sup> Er trat deshalb auch im Februar 1867 zurück, und überließ die Verabschiedung des Ausgleichs seinem Rivalen Beust, dem langjährigen sächsischen Minister, der nach Königgrätz nicht bloß die Leitung der österreichischen Außenpolitik übernommen hatte, sondern als letzter unter den Ministern des kaiserlichen Hauses auch noch den Titel und Anspruch eines Reichskanzlers.<sup>7</sup> Beust war es, so schrieb Egbert später, der den „latenten Dualismus“ zu einem realen ausgeweitet habe.<sup>8</sup>

Während Richard Belcredi einem „Versöhnungsministerium“ vorstand, wie nach ihm Alfred Potocki 1870/71 und Eduard Taaffe 1879, war Egbert eine kämpferische Natur: Der Suche nach Kompromissen vermochte er in der Regel wenig abzugewinnen. Aus diesem Grund behagte ihm auch das Milieu der mährischen Politik nicht: Er hielt Verhältnisse für ungesund, „wo sich die Leute gründlich hassen, aber doch mit ängstlicher Sorge alle sichtbare Entzweiung vermeiden.“ Ja, er ging sogar noch weiter: „Man muß dem verderbten öffentlichen Geist in seinen Trägern und Pflegern zu Leibe gehen und die Personen direkt angreifen.“<sup>9</sup> Denn: „Wo Kampf ist, ist doch noch Leben.“<sup>10</sup> Egbert urteilte deshalb auch abfällig über die „Taubensanftmut“ des Regimes seines Bruders: „Richard arbeitet sich zu Tode und doch geschieht gar nichts.“<sup>11</sup> Vor allem sei sein Bruder viel zu tolerant gegenüber der liberal-zentralistischen Bürokratie gewesen, die auch unter konservativen Ministern de facto weiterhin die Geschäfte führte. Als gefährlichster Feind und eigentlicher Gegenpol in der mährischen Politik erschien ihm deshalb auch einer dieser geschmeidigen Beamten, der junge Staatsanwalt und Brüner Salonlöwe Johann v. Chlumecky, nicht weil er ein Linksaußen gewesen wäre, sondern weil er zwar letztendlich zu den Liberalen neigte, dabei aber stets seine konservative Gesinnung hervorhob, sich bei den frommen Damen einschmeichelte und zumindest am Beginn seiner Laufbahn unter dem Deckmantel einer Mittelpartei agierte.

Egbert Belcredis Kampf galt dabei nicht bloß einer Partei oder einer bestimmten Verfassung, den Liberalen oder der sogenannten „Dezemberverfassung“, sondern der „Omnipotenz“ des modernen „konfessionslosen Raubstaates“<sup>12</sup> überhaupt. Die Bürokratie war ihm verhasst als eine Klasse „hochmütige Proletarier“,<sup>13</sup> die sich illegitimerweise Herrscherfunktionen annahm. Die „absolute Schreiberherrschaft“ erwürge mit „ihrer Negation alles Tatsächlichen“ alles Leben.<sup>14</sup> Sprich: Das Land sollte nicht bloß von Prag anstelle von Wien, auf tschechisch anstelle von deutsch regiert werden, sondern es sollte ganz

allgemein überhaupt weniger regiert, verwaltet, administriert und interveniert werden. „Je mehr Gesetze es gibt, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie schlecht sind.“<sup>15</sup> Mit diesen Ansichten war er in gewissem Sinne ein Verfechter der „Zivilgesellschaft“ avant la lettre, in ihrer konservativ-ständischen Ausprägung. Selbstverwaltung und lokale Initiative, nicht Gleichmacherei und Kontrolle von oben waren seine Devise.

Bei seinem Kampf gegen die Bürokratie gerieten nicht bloß die politische Verwaltung, die Bezirkshauptleute, sondern z.B. auch Distriktsärzte und Forstadjunkten in sein Visier, die mit ihrem Reformeifer über Tradition und Herkommen achtlos hinwegschritten, auf Kosten des „vom modernen Staat aufs höchste misshandelten Privatsäckel“<sup>16</sup> unverhältnismäßige Kosten verursachten und überall Unruhe hervorriefen. Konsequenterweise lehnte er sowohl die allgemeine Wehrpflicht („als größtes Attentat des Liberalismus auf die Freiheit“<sup>17</sup>) als auch die allgemeine Schulpflicht ab. Österreich sollte ein Reich sein, nicht unbedingt ein Staat;<sup>18</sup> voller Verachtung begegnete er dem neuen Österreich ab 1867, dem sogenannten „Cisleithanien“. Die Verfassungstreuen, so spottete er, hießen so, weil sie die Verfassung bereits zweimal auf den Kopf gestellt hatten. Diese Ablehnung ging so weit, daß er sogar „österreichischen“ Katholikentagen mit Skepsis begegnete, weil darin eine „Darstellung des Cisleithanismus“ zu erblicken sei.<sup>19</sup>

Für einen Verfechter des böhmischen Staatsrechts bot diese unbeugsame Prinzipientreue auf den ersten Blick gute Voraussetzungen. Belcredi war darüber hinaus ein sehr bewusster Standesvertreter des Adels, nicht des von ihm sehr skeptisch beäugten „entwurzelten“ Hofadels, sondern des begüterten Hochadels, der noch auf seinen Gütern lebte und den Kontakt mit dem Landvolk aufrecht erhielt. Dem Landadel kam seiner Meinung nach gleichsam von selbst eine lokale Führungsposition zu, wenn er sich dieser Aufgabe bloß bewusst sei. „Das Volk möchte uns als Führer anerkennen, wenn wir nur das Zeug dazu hätten.“<sup>20</sup> Bloß wenn der Adel tatenlos zusehe, wüchsen ihm andere Volksklassen über den Kopf.<sup>21</sup> In diesem Sinne teilte er das Bedauern, „daß die slawische Nation von selbst erwacht ist und nicht durch die höheren Stände geweckt wurde“.<sup>22</sup>

Die Berufung auf alte Rechte allein war zu wenig. Im Volk mußte ein Bewusstsein dieser Rechte entstehen oder wiedererweckt werden. Auch das Staatsrecht könne nicht oktroyiert werden, solange diese Voraussetzungen noch nicht gegeben seien. Um es mit einem Schlagwort des zwanzigsten Jahrhunderts zu sagen: Belcredi setzte auf „Meta-Politik“, auf Werte und Überzeugungen, Begriffe und Symbole, um seine Thesen in der Öffentlichkeit zu verankern. Schon 1869 schrieb er einem Vertrauten: „Ich gehöre nicht zu den Anhängern des modernen Glaubens, durch Paragraphen, Verfassungen etc. die Welt aus den Angeln heben zu können.“<sup>23</sup> Dementsprechend war er auch nach dem Scheitern der Fundamental-Artikel 1871 alles andere als zu Tode betrübt: „In mancher Beziehung ist mir’s ganz recht, daß es so gekommen ist.“<sup>24</sup>

Einen bedeutenden Anteil an seinen Aktivitäten nahm deshalb auch der Versuch ein, eine konservative Presse ins Leben zu rufen, um eine Schubumkehr in der öffentlichen Meinung zu bewirken. Er zählte 1860 zu den Gründern der konservativen Zeitung ‚Das Vaterland‘, das er 1888 schließlich – nicht ohne schmerzliche Kämpfe und Konflikte – von Leo Thun übernehmen sollte. In Mähren nahm er sich insbesondere des ‚Hlas‘ an, der nahezu als einziger zumindest zeitweise bei ihm Gnade fand; die meisten anderen tschechischen Blätter waren in seinen Augen viel zu sehr vom Zeitgeist infiziert. Viele Schmerzen bereiteten ihm auch der immer wieder gescheiterte Anlauf, in Brünn ein konservatives

Organ in deutscher Sprache zu gründen. Seine „intimen Beziehungen zur Journalistik und zu den Journalisten“ hätten ihn „sonst Unglaubliches glauben gelehrt“, schrieb er einmal an einen Freund.<sup>25</sup>

Mit seiner kämpferischen Einstellung machte sich Belcredi bei seinen Standesgenossen keineswegs beliebt: Nicht bloß bei den verfassungstreuen Gegnern und bei den „Nebulosen“, der Mittelpartei, die sich im Zweifelsfall der Regierung anschloß, sondern auch bei den eigenen Parteifreunden, die gute Katholiken und Österreicher waren, voll des Misstrauens gegen Freimaurer und Juden, aber auch gegen jedes Anzeichen von tschechisch-nationaler Bewegung. „Spiegel und Dalberg fangen an, sich als deutsche Schmerzenskinder zu fühlen“, notierte Belcredi 1866. Bei der herrschenden Wahlagitatio käme wieder „das alte tschechische Gespenst“ zum Vorschein.<sup>26</sup> Das böhmische Staatsrecht stieß unter diesen Umständen auf keine allzu große Resonanz. Unter den Hochadeligen machten hier wohl nur Logothetti (und Kaunitz) eine Ausnahme. Dieses Fehlen eines selbstbewussten nationalen Adels war einer der Punkte, die Belcredi als eine der negativen Langzeitfolgen der Schlacht am Weißen Berg zu akzeptieren bereit war (die er im übrigen für ein Glück hielt, denn der pfälzische „Winterkönig“ und seine protestantischen Anhänger hätten das Land sonst vermutlich tatsächlich germanisiert).

Belcredi selbst nahm sich des Staatsrechts mit wachsender Begeisterung an. Zwar hatte er 1848 einst selbst noch „gegen durch alte Pergamente kaum zusammengehaltene Kronen“ polemisiert.<sup>27</sup> Doch über diese Jugendsünden war er längst hinaus. Als die mährischen Tschechen sich nach der Einführung der direkten Reichsratswahlen 1873 dazu überreden ließen, in den Reichsrat einzutreten, war es allein Belcredi, der dabei eine Ausnahme machte. Damit wurde eine Routine in Gang gesetzt, wie sie sich in Böhmen zwischen 1874 und 1877 Dutzende Male abspielte. Sobald der gewählte Abgeordnete den Sitzungen fernblieb, wurde sein Mandat für erloschen erklärt und Neuwahlen ausgeschrieben. Der Kandidat bewarb sich neuerdings und wurde in der Regel wiedergewählt. Nach einigen Monaten begann die gesamte Prozedur von neuem; nur ganz selten kam in Böhmen ein Dissident zum Zug, ein Jungtscheche, der das Mandat auch tatsächlich annahm. In Mähren freilich, wo es damals noch keine Differenzierung zwischen Jung- und Alttschechen gab, stellte die Nationalpartei Belcredi schon beim ersten Mal ganz offiziell einen Gegenkandidaten entgegen, den Rechtsanwalt Kusy, der knapp, aber doch die Mehrheit errang. Belcredi war damit zum Märtyrer des Staatsrechts geworden, gestürzt freilich nicht durch die feindliche Regierung, sondern von seinen kompromissbereiten Landsleuten.

Nicht zufällig finden sich in diesen siebziger Jahre die meisten Belege für Belcredis Identifikation mit dem böhmische Staatsrecht – wohlgemerkt, für das Staatsrecht, aber gegen die politische Elite der mährischen Tschechen, im „frisch-fröhlichen Krieg“ gegen die „ungläubige Advokatenpartei“.<sup>28</sup> Um das Konsortium des ‚Hlas‘ versuchte er eine Partei innerhalb der Partei in Stellung zu bringen.<sup>29</sup> Was ihm dabei vorschwebte, war eine „slawisch nationale Partei auf streng katholischer und christlicher Grundlage.“<sup>30</sup> Böhmen avancierte dabei zum Vorbild. Der böhmische Adel, so schrieb er bewundernd, sei allen anderen Ländern weit voraus; ja, Mähren sei nur zu helfen, wenn es Böhmen einverleibt werde.<sup>31</sup>

Freilich, auch diese Begeisterung für den „Anschluß“ an Böhmen stieß bald an ihre Grenzen. Gegen Ende der siebziger Jahre finden sich zunehmend kritische Töne in Belcredis Aufzeichnungen. Rückblickend stellte er fest, der Adel habe gegenüber der staats-

rechtlichen Deklaration vom Sommer 1868 eine „nicht gerade freundliche, abwehrende Haltung“ eingenommen. Er sei ihr bloß „gefolgt, anstatt, wie es sich geziemt, überall voran zu sein.“<sup>32</sup> Bei Clam und seinen böhmischen Freunden witterte er eine zunehmend resignierte Stimmung.<sup>33</sup> Übel nahm Belcredi seinen böhmischen Freunden dann vor allem den Kompromiß mit Taaffe im Sommer 1879: Die Konservativen wurden in der Kurie des Großgrundbesitzes zehn Sitze eingeräumt, dafür mussten sie versprechen, ihre Mandate auch tatsächlich auszuüben und den Reichsrat nicht länger zu boykottieren. Belcredi sprach deshalb vom „sauren Kompromißapfel“, ja von der „Fahnenflucht des Adels“.<sup>34</sup> Die ganze Nation sei jetzt zwar wieder auf derselben, aber eben auf der falschen Bahn vereint.<sup>35</sup>

Diesmal sah sich freilich auch Belcredi gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Er nahm selbst ein Mandat für den Reichsrat an. Bekannt, berühmt, bei manchen berüchtigt wurde er im Abgeordnetenhaus allerdings nicht als Paladin des Staatsrecht, sondern als Vorkämpfer der Sozialpolitik, in dem Sinne, wie es nach ihm die Christlichsozialen praktizierten, beginnend mit dem Auftreten des jungen Prinzen Alois Liechtenstein, dem Belcredi das Verdienst zuerkannte, den Katholizismus in Mode gebracht zu haben. Später wurde die Bewegung dann von Karl Lueger übernommen, den Belcredis publizistischer Mitstreiter Vogelsang selbst „gefischt“ haben wollte, um schließlich doch zuzugeben, er sei „ganz spontan zu ihm“ gekommen.<sup>36</sup> Belcredi war in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zweifellos fasziniert von der Möglichkeit, ausgerechnet in Wien, in der Höhle des Löwen, eine antilibérale Massenbewegung ins Leben zu rufen.

Belcredi selbst bezeichnete sich bei Gelegenheit als Sozialist, freilich eingeschränkt in dem Sinne: daß ich „soziale Forderungen akzeptiere, um größere Ausbrüche zu vermeiden“.<sup>37</sup> Die „Sozialpflichtigkeit“ des Eigentums nahm bei seinen Überlegungen eine zentrale Rolle ein: Die christliche Religion kenne – im Gegensatz zum römischen Recht – kein absolutes Eigentum, das vielmehr nach einer Gegenleistung verlange, Besitz bedeute auch Bestimmung.<sup>38</sup> Das Staatsrecht als partikulares Anliegen, so schien es, wurde von der sozialen Frage in den Hintergrund gedrängt, von der Abwehr der Revolution, die laut Belcredi unmittelbar bevorstand, wenn nicht umgehend Reformen einsetzten. Eine Spur von Selbstkritik mag mitschwingen, wenn er 1886 schrieb: Die „wirtschaftlichen Interessen“ hätten die „Achtung und Kenntnis des Staatsrechts verdunkelt“.<sup>39</sup>

Generell konstatierte er eine Versumpfung staatsrechtlicher Begriffe.<sup>40</sup> Der ‚Hlas‘ solle diesen Themen mehr Aufmerksamkeit widmen, weil die jüngere Generation von den staatsrechtlichen Kämpfen der sechziger Jahre keine rechte Vorstellung mehr habe.<sup>41</sup> Vor der Germanisierung geschützt und bei Österreich erhalten werden könnten die Tschechen nur durch den möglichst engen Verbund der Länder der böhmischen Krone. Man müsse daher jeden Anlaß benützen, die Gravitation nach Prag zu verstärken.<sup>42</sup> Denn Brünn, so pflegte er stets zu klagen, sei keine Hauptstadt, habe kein entsprechendes gesellschaftliches Leben. Man interessiere sich dort für nichts außer für die Tuchfabrikation, ganz abgesehen davon, daß Brünn bis zur Eingemeindung seiner Vororte nach dem 1. Weltkrieg immer noch über eine deutsche Mehrheit verfügte. Hochburgen des nationalen Erwachens in Mähren waren vielmehr Kleinstädte wie Ungarisch-Brod oder Proßnitz mit ihren wenigen tausend Einwohnern.<sup>43</sup>

## Belcredi und die Jungtschechen

Noch 1885 hatte er vom „hochbegabten, patriotischen Adel“ in Böhmen geschwärmt.<sup>44</sup> Doch ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehrten sich die kritischen Töne: Zwischen den Zeilen ließ Belcredi durchblicken, daß er Böhmen und die böhmische Politik inzwischen weit kritischer sah. Böhmen – so schien es ihm – war sich selbst genug und kümmere sich viel zu wenig um Mähren. Warum, so fragte er, hieße es eigentlich „Cesky Klub“ und nicht Klub der böhmischen Länder? Immer sei nur von Böhmen die Rede, nie von der Gesamtheit der böhmischen Länder.<sup>45</sup> Mähren sei eben kein „Nebenland“, sondern der böhmischen Krone inkorporiert.<sup>46</sup> Dieses Missvergnügen an der böhmischen Politik brach sich vollends Bahn, sobald die Jungtschechen in Böhmen das Ruder übernahmen. Im Sommer 1889, nach dem jungtschechischen Sieg bei den Landtagswahlen, findet sich eine Aussage, die ganz im Gegensatz zu den Äußerungen früherer Jahre, die Empfehlung aussprach, Mähren in Zukunft immer ferner von Böhmen zu halten. Belcredi gab zu, damit sei eine Schwächung in staatsrechtlicher Beziehung verbunden, die er für bedauerlich hielt, aber eben auch für notwendig.<sup>47</sup>

Diese schroffe Abneigung gegenüber den Jungtschechen war für Aristokraten nicht allzu ungewöhnlich; auf den zweiten Blick aber doch ein wenig erstaunlich. Natürlich: Der Sieg der Jungtschechen beraubte Taaffe und den „Eisernen Ring“ ab 1891 ihrer Mehrheit im Reichsrat. Doch Belcredi hatte auf Taaffe nie viel gegeben. Der Langzeit-Premier war für ihn ein Opportunist, der bloß den Liberalen die Sitze warm halte, aber keine echte Wende einleiten werde. Gerade in Mähren hatte Taaffe 1883/84 zum Unterschied von Böhmen keinen Umschwung zugunsten der Slawen und Konservativen durchgesetzt.<sup>48</sup> Seine administrativen Maßregeln hatte er oft kritisiert und bekämpft. Belcredi trauerte Taaffe deshalb keine Träne nach, als er 1893 nach einer unerreicht langen Periode an der Spitze des Ministeriums gestürzt wurde. Ihre oppositionellen Energien durfte gerade Belcredi den Jungtschechen am allerwenigsten vorwerfen.

Viele von Belcredis Standesgenossen hatten immer schon vor dem Nationalismus gewarnt. Beispiele dafür sind schon genannt worden. Belcredis Einstellung dazu war bestenfalls ambivalent. Er hatte das nationale Erwachen als Rammbock gegen das bürokratische Korsett „Cisleithaniens“ geschätzt und gewürdigt. Prinzipielle Abscheu und geschmäckerliche Distanz vor der Roheit der Massenpolitik und ihren Begleiterscheinungen, wie sie z.B. Clam immer wieder zum Ausdruck brachte, waren ihm fremd. Zum Unterschied von Clam war sich Belcredi nicht zu schade, alle Mittel der Agitation zur Anwendung zu bringen. Belcredis eigene Verbindungen zu den Wiener ‚Vereinigten Christen‘, von Lueger bis Schönerer, legen davon Zeugnis ab. Er selbst war von seinen politischen Freunden gelegentlich der Demagogie geziehen worden und hatte nichts dagegen, den einen oder anderen Standesgenossen mit Bauerndemonstrationen zu schrecken.<sup>49</sup>

Auch in Sprachenfragen gab es zwischen Belcredi und den Jungtschechen keine unüberbrückbare Kluft: Belcredi lehnte zwar das Schlagwort der nationalen Gleichberechtigung als „inhaltsleere Phrase“ ab,<sup>50</sup> aber mit den Prinzipien, wie sie später dann z.B. die Bardeni'schen Sprachenverordnungen verkörperten, der zweisprachigen Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst der böhmischen Länder, konnte er sich ohne weiteres identifizieren.<sup>51</sup> Beamte sollten grundsätzlich beider Landessprachen mächtig sein. Auch wenn sein eigenes Tschechisch nicht über jeden Zweifel erhaben war, so beklagte er doch, daß so wenige sei-

ner Standesgenossen sich der Mühe unterzogen, die Sprache ihrer bäuerlichen Umgebung zu erlernen.<sup>52</sup>

Zweifelsohne: Zwischen Belcredi und den Jungtschechen standen die Kulturkampffronten, ihn irritierten die Reminiszenzen an die Hussiten; mehr noch vielleicht die soziologische Unverträglichkeit, die instinktive Abneigung gegen den „Despotismus der Advokatenclique“,<sup>53</sup> die ihm immer schon ein Dorn im Auge gewesen war. Deshalb rechnete Belcredi es dem Cesky Klub auch als Verdienst an, 1887 mit den Jungtschechen gebrochen hatte, während die Vereinigte Linke die Deutschnationalen auf ihre Seite zu ziehen versuchte.<sup>54</sup> Schließlich erreichte die Flut auch Mähren: Am 6. Juni 1892 formierten sich die Jungtschechen auch in Mähren als eigene Partei. Im Gegenzug riet Belcredi zu einer Sammlung aller übrigen Kräfte, nicht bloß der Altschechen, sondern auch des politischen Katholizismus, der damals erste schüchterne Lebenszeichen von sich gab.

Doch diesen Schwenk zu einer offen klerikalischen Politik wollten die Altschechen nicht mitmachen, nicht einmal Srom, der ihm unter den Führern der Nationalpartei immer schon am nächsten gestanden war. Belcredi fühlte sich einmal mehr unverstanden und isoliert. Über die bisherigen Verbündeten urteilte er: Die *narodni strana* gehe zugrunde an Prinzipienlosigkeit.<sup>55</sup> Srom, so lautet eine seiner letzten Eintragungen, sei leider zu einer Gefahr für die konservative Sache geworden, weil er als Deckmantel für ganz anders geartete Bestrebungen benützt werde, als nützlicher Idiot, wie man einige Jahrzehnte später wohl gesagt hätte.<sup>56</sup> Belcredi hatte insofern recht: eine volkstümliche katholisch-nationale Partei war in Mähren mehrheitsfähig. Doch er hat ihre Gründung nicht mehr erlebt.<sup>57</sup>

Stattdessen ergab sich das Paradoxon: Aus Opposition gegen die Opposition der Jungtschechen wurde der ewige Oppositionelle, der immer alle faulen Kompromisse abgelehnt hatte, in den letzten Monaten seines Lebens beinahe noch zu einem Verteidiger des Ministeriums Windischgrätz, der dreibeinigen „Großen Koalition“, die sich von einem Kompromiß zum anderen schleppte.

## Poznámky

- <sup>1</sup> HÖBELT, Lothar: Devolution Aborted: Franz Joseph I and the 'Fundamental Articles' of 1871. In: *Parliaments, Estates & Representation* 32 (2012), S. 37–52; ders. & GEORGIEV, Jiří: Graf Heinrich Clam-Martinic und Kaiser Franz Joseph: Mißverständnisse unter Konservativen. In: ZELLENBERG, Ulrich (Hg.): *Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock*. Graz, 2003, S. 169–197.
- <sup>2</sup> MALÍŘ, Jiří: Der mährische Landtag. In: RUMPLER, Helmut – URBANITSCH, Peter (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. VII/2. Wien, 2000, S. 2057–2103.
- <sup>3</sup> MALÍŘ, Jiří: Šlechtic na prahu moderní doby. In: *Osobnosti moravských dějin*, Bd. 1. Brno, 2006, 331–357; MELVILLE, Ralph: Der mährische Politiker Graf Egbert Belcredi (1816–1894) und die postfeudale Neuordnung Österreichs. In: Ders. et alii (Hg.): *Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag*. Stuttgart, 1988, S. 599–611.
- <sup>4</sup> MERTAL, Walter: *Graf Richard Belcredi (1823–1902). Ein Staatsmann aus dem Österreich Kaiser Franz Josephs* (phil. Diss.). Wien, 1963; BRETTNER-MESSLER, Horst (Hg.): *Die Protokolle des Österreichischen Ministerrates (1848–1867), Abt. VI: Ministerium Belcredi*. 2 Bde. Wien, 1971/73; BELCREDI, Ludwig (Hg.): Fragmente aus dem Nachlaß des ehemaligen Staatsministers Grafen Richard Belcredi. *Die Kultur* 6 (1905), S. 396–422; 7 (1906), S. 3–24, 141–161, 274–303; 8 (1907), S. 3–39.
- <sup>5</sup> Ein späterer ungarischer Minister, Trefort, hielt deshalb das Ministerium Belcredi für „Jesuiten, die den Ausgleich stets im Munde führten und doch alles taten, um ihn zu verhindern“. ROGGE, Walter: *Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart*, Bd. 2. Wien, 1873, S. 313.
- <sup>6</sup> Vgl. die jüngste Darstellung von OLECHOWSKI-HRDLIČKA, Karin: *Die gemeinsamen Angelegenheiten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie*. Frankfurt/M., 2001, S. 125 ff. bzw. die Einleitungen von Friedrich Engel-Janosi zu den Ministeratsprotokollen der Ära Belcredi.

- <sup>7</sup> LUTZ, Heinrich: *Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871*. Frankfurt/M., 1979; BEUST, Friedrich F. Graf von: *Aus Drei Viertel-Jahrhunderten*, 2 Bde. Stuttgart, 1887; FLÖTER, Jonas: *Beust und die Reform des Deutschen Bundes 1850–1866. Sächsisch-mittelstaatliche Koalitionspolitik im Kontext der deutschen Frage*. Köln, 2001.
- <sup>8</sup> HÖBELT, Lothar – KALWODA, Johannes – MALÍŘ, Jiří (Hg.): *Aus den Tagebüchern des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč*. Wien, 2016 [im folgenden zitiert als Tb.] 11. 11. 1878.
- <sup>9</sup> Tb. 3. 3. 1862.
- <sup>10</sup> Tb. 8. 8. 1875.
- <sup>11</sup> Tb. 8. 6. 1867, 9. 6. 1866.
- <sup>12</sup> Tb. 11. 2. 1873.
- <sup>13</sup> Tb. 20. 12. 1853.
- <sup>14</sup> Tb. 21. 2. 1854, 27. 3. 1853, 14. 12. 1875.
- <sup>15</sup> Tb. 22. 5. 1872, zum Hintergrund vgl. GEORGIEV, Jiří: *Až do těch hrdel a statků? Konzervativní myšlení a otázka samosprávy v politických strategiích české státoprávní šlechty po roce 1848*. Praha, 2011.
- <sup>16</sup> Tb. 8. 8. 1867.
- <sup>17</sup> Tb. 22. 2. 1876.
- <sup>18</sup> Tb. 19. 1. 1893.
- <sup>19</sup> Tb. 9. 3. 1888.
- <sup>20</sup> Tb. 31. 7. 1871.
- <sup>21</sup> Tb. 18. 9. 1876.
- <sup>22</sup> Tb. 19. 2. 1862.
- <sup>23</sup> Brief an Vinzenz Brandl, 30. 1. 1869. Die von Okáč gesammelte Korrespondenz Belcredis liegt im Mährischen Landesmuseum in Brünn.
- <sup>24</sup> Brief an Hosek, 28. 10. 1871.
- <sup>25</sup> Brief an Hosek, 24. 11. 1870. Kritiker nannten den ‚Hlas‘ dafür ‚Hlas maroda‘ (kranken Hlas); vgl. SEKERÁ, Martin: Das tschechische Pressewesen. In: RUMPLER – URBANITSCH (Hg.), *Habsburgermonarchie VIII/2*, S. 1977–2036; hier: 2002.
- <sup>26</sup> Tb. 18. u. 23. 11. 1866, 19. 1. 1867.
- <sup>27</sup> MALÍŘ, Belcredi 106 f.
- <sup>28</sup> Tb. 12. 2. 1876.
- <sup>29</sup> Tb. 23. 12. 1878.
- <sup>30</sup> Tb. 12. 11. 1874.
- <sup>31</sup> Tb. 29. 12. 1874, 16. 8. 1875.
- <sup>32</sup> Tb. 23. 9. 1878.
- <sup>33</sup> Tb. 3. 10. 1877; vgl. HÖBELT – GEORGIEV, Clam 186 f.
- <sup>34</sup> Tb. 16. 6. 1879, 29. 5. 1879.
- <sup>35</sup> Tb. 4. 3. 1879.
- <sup>36</sup> Tb. 7. 4. 1874, 23. 8. 1887, vgl. KLOPP, Wiard: *Leben und Wirken des Sozialpolitikers Karl Freiherr von Vogelsang*. Wien, 1930; BOYER, John: *Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897*. Chicago, 1981.
- <sup>37</sup> Brief an Ernst Schneider, 9. 8. 1882.
- <sup>38</sup> Tb. 9. 11. 1882, 25. 9. 1882.
- <sup>39</sup> Tb. 28. 6. 1886.
- <sup>40</sup> Tb. 30. 3. 1887.
- <sup>41</sup> Tb. 3. 7. 1886.
- <sup>42</sup> Tb. 24. 11. 1885.
- <sup>43</sup> Vgl. HÖBELT, Lothar: Brünn in der deutschen Politik Altösterreichs. In: FASORA, Lukas – HANUS, Jiri – MALÍŘ, Jiri (Hg.): *Brünn-Wien, Wien-Brünn. Landesmetropolen und Zentrum des Reiches im 19. Jahrhundert*. Brno, 2008, S. 15–27.
- <sup>44</sup> Tb. 17. 6. 1885.
- <sup>45</sup> Tb. 12. 6. 1887, 23. 3. 1891, 12. 12. 1891.
- <sup>46</sup> Tb. 26. 2. 1888.
- <sup>47</sup> Tb. 1. 12. 1889; vgl. GARVER, Bruce: *The Young Czech party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party System*. New Haven, 1978, S. 146 ff. Zu den Jungtschechen vgl. VOJTĚCH, Tomáš: *Mladočeši a boj o politickou moc v Čechách*. Praha, 1980; und VELEK, Luboš: *Národní strana svobodomyšlná (mladočeská) 1889–1907. Příspěvek k dějinám politického stranictví v habsburské monarchii v období procesu politické modernizace*. Dissertation der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag. Praha, 2004.
- <sup>48</sup> Vgl. HÖBELT, Lothar: Kleine Ursachen, große Wirkungen? Der Schwenk der Mährischen Mittelpartei 1883/84. In: AMBROŽOVÁ, Hana et alii (Hg.): *Historik na Moravě*. Brno, 2009, S. 399–411.
- <sup>49</sup> Tb. 31. 5. 1884.
- <sup>50</sup> Tb. 24. 10. 1892.
- <sup>51</sup> Tb. 9. 9. 1887, 18. 1. 1890, 4. 3. 1890.
- <sup>52</sup> Tb. 22. 9. 1874.

- <sup>53</sup> Tb. 17. 5. 1885.
- <sup>54</sup> Tb. 11. 6. 1887; vgl. HÖBELT, Lothar: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918. Wien, 1993, S. 42 f., 49 f.
- <sup>55</sup> Tb. 15. 6. 1893. Zehn Tage zuvor hatte der Parteitag der Nationalpartei seine Entscheidung gegen den katholischen Flügel getroffen; vgl. MALÍŘ, Jiří: Die Parteien in Mähren und Schlesien und ihre Vereine. In: RUMPLER – URBANITSCH (Hg.): *Habsburgermonarchie VIII/1*, S. 705–803, hier: 731.
- <sup>56</sup> Tb. 23. 7. 1894.
- <sup>57</sup> Vgl. MAREK, Pavel: Der tschechische politische Katholizismus in den Jahren 1890–1914. *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 111 (2003), S. 445–469.